

## Inhalt

Mehr Ärzte für Sachsen 1

Fraktion vor Ort 1

Editorial 2

Mehr Bahn für alle! 3  
Sachsen braucht eine  
Bahnoffensive

Demokratie in Sachsen 2010 4

Grüner Gesetzentwurf:  
Namensschilder für die  
sächsische Polizei

Versammlungsgesetz –  
13. Februar in Dresden

### Parlamentarische Initiativen

Baumschutz auf Sächsisch 6  
Staatsregierung nimmt  
zweiten Anlauf

Versprochen – gebrochen 6  
CDU- und FDP-Abgeordnete  
lehnen bessere Betreuung in  
Kitas ab

Schlechte Zeiten für Arbeitslose 7

Kürzung der Solarförderung –  
zu früh und zu hoch 7

Termine 8

Grüne Spitzen

Fröscheversteher

Publikationen

Impressum

## Mehr Ärzte für Sachsen

*Mehrmals debattierte der Landtag in den vergangenen Jahren über den Ärztemangel. Während die CDU bei diesen heißen Diskussionen Loblieder auf die vom Sozialministerium eingeleiteten Maßnahmen sang, forderten vor allem FDP und Linke gebetsmühlenartig mehr finanzielle Anreize in Form von Darlehen und Bonuszahlungen, um Ärzte zur Niederlassung zu bewegen.*



Foto: Monika Schüll – panthermedia

Zwar haben die beiden CDU-Sozialministerinnen mehrere Programme auf den Weg gebracht („Gemeindeschwester Agnes“, „Stipendienprogramm“) und versucht, Ärzte aus Österreich anzuwerben bzw. nicht in der Patientenversorgung tätige Ärzte zum Wiedereinstieg zu bewegen, doch keine der Maßnahmen hatte durchschlagenden Erfolg. Ein wesentliches Problem dabei ist, dass ein Großteil der Planungsgebiete in Sachsen nach der bundesweit geltenden Bedarfsplanungsrichtlinie als übertersorgt und damit als gesperrt gelten, d.h. sich gar kein Arzt niederlassen darf.

Denn obwohl viele Sachsen vor allem im ländlichen Raum lange Wege zum nächsten

Haus- oder Facharzt zurücklegen und sich in den Praxen auf lange Anmelde- und Wartezeiten einstellen müssen, herrscht statistisch in Sachsen eine optimale ärztliche Versorgung. Der Grund für diesen Widerspruch ist, dass die Zahlen der Bedarfsplanungsrichtlinie, nach der der Ärztebedarf einer Region festgestellt wird, komplett veraltet sind. Die inzwischen in Ostdeutschland und besonders im ländlichen Raum stark nach oben abweichende Altersstruktur und der damit verbundene höhere Behandlungsaufwand wird bei den Bedarfszahlen nicht berücksichtigt.

Dabei hat der Bundesgesetzgeber auf die Forderungen vor allem aus den Ostländern

## Fraktion vor Ort

Bei frostigen Temperaturen besuchte die GRÜNE-Fraktion Ende Januar den Ökohof Wobst in Mittelherwigsdorf. Anschließend ging sie im Kloster St. Marienthal in Klausur.

Foto: Katrin Richter





Foto: Simanowski

## Liebe Leserin, lieber Leser,

die Frankfurter Rundschau überschrieb einen Artikel über die sächsische Koalition Ende März in ihrer Online-Ausgabe als „Schnickschnack-Koalition“.

Anlass war die neueste Idee des Chefs der FDP-Fraktion, allen deutschen Kraftfahrern ihre alten Nummernschilder zurückzugeben.

In Sachsen empfinden derzeit etliche Engagierte eher die CDU-FDP-Regierungskoalition als reinste Zumutung. Bei der ist Sparen offenbar keine Aufgabe für den Kopf, sondern für den Rasenmäher.

Sehenden Auges wurde seit anderthalb Jahren zuerst so getan, dass man nicht wisse, ob die Krise Auswirkungen auf den sächsischen Haushalt hätte. Dann waren die zurückgehenden Einnahmen kein Problem, weil aus den guten Jahren genug zurück gelegt worden sei. Und nun wird im Jahr 2010 in Sachsen gekürzt, proportional über alle Ministerien hinweg, mit harten Auswirkungen im Jugend- und Sozialbereich.

Quasi als Drohung schweben zusätzlich die Mindereinnahmen von 1,7 Milliarden Euro pro Jahr für die sächsischen Haushalte ab dem Jahr 2011 über den Köpfen. Die Botschaft heißt: Nehmt es hin, denn es wird alles noch viel schlimmer.

Und es wird schlimmer: Die Staatsregierung plant, die Masse ihrer Mindereinnahmen bei den Kommunen abzuladen.

GRÜNE-Politikerinnen und Politikern egal ob in der Kommune oder auf Landesebene stehen vor der Herausforderung, wie in Zeiten leerer Kassen grüne Politik noch gestaltet werden kann.

Die Landtagsfraktion wird versuchen, genau das in den Beratungen zum Doppelhaushalt 2011/2012 zu beweisen.

**Andreas Jahnel**  
Pressesprecher  
[andreas.jahnel@slt.sachsen.de](mailto:andreas.jahnel@slt.sachsen.de)

## Mehr Ärzte für Sachsen

nach Überarbeitung der Kriterien zur Feststellung des Ärztebedarfes längst reagiert. Seit August 2008 existiert in der Bedarfsplanungsrichtlinie eine Öffnungsklausel. Unter Berücksichtigung bestimmter Kriterien kann nun auch in theoretisch überversorgten Gebieten ein lokaler Versorgungsbedarf festgestellt und damit die Niederlassung von Ärzten ermöglicht werden.

Grund genug für Annekathrin Giegenack (GRÜNE) zu Beginn der neuen Legislatur nachzufragen, wann diese sinnvolle Neuregelung auch in Sachsen umgesetzt wird. Das Ergebnis war ernüchternd: Der Landesausschuss der Ärzte und Krankenkassen hat sich zwar bereits dreimal mit dieser Neuregelung befasst, zuletzt in seiner Sitzung im August 2009. „Wann konkret mit Feststellungen von zusätzlichem lokalen Versorgungsbedarf zu rechnen ist“, so Sozialministerin Christine Clauß (CDU), „kann nicht abgeschätzt werden.“

Da die Bedarfsplanung gemeinsam mit dem Sozialministerium zu erfolgen hat, forderten die GRÜNEN in der Januar-Landtagssitzung die Staatsregierung auf, die Prüfung zusätzlichen lokalen Versorgungsbedarfs endlich in Gang zu bringen. Nicht ganz überraschend wurde der Antrag mit

dem Hinweis auf die ärztliche Selbstverwaltung vom Tisch gewischt. Das einzig Neue bei der Debatte im Landtag war die Haltung der FDP. Während die Liberalen noch im Wahlkampf die Staatsregierung wegen Untätigkeit in Bezug auf den Ärztemangel stark angegriffen hatten, priesen sie nun gemeinsam mit der CDU die vielfältigen Maßnahmen des Sozialministeriums. Dass diese Maßnahmen bisher keinen Erfolg hatten, blieb unerwähnt.

Dennoch blieben Antrag und Debatte nicht folgenlos. Bereits eine Woche später kündigte der Chef der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsens eine weitere Überarbeitung der Bedarfsplanungsrichtlinie an. Unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung soll nun anhand neuer Maßzahlen im Juli 2010 der Ärztebedarf in Sachsen neu ausgewiesen werden. Nach vorab veröffentlichten Berechnungen fehlen im Freistaat derzeit 407 niedergelassene Ärzte, davon allein 326 Hausärzte. Hinzu kommen nach Angaben der Krankenhausgesellschaft weitere 277 offene Stellen in den sächsischen Kliniken.

Neben der Ausweisung des tatsächlichen Ärztebedarfs ist auch die Sicherung des ärztlichen Nachwuchses unabdingbar. Auch da steht Sachsen vor einem großen Problem. Generell schreckt die Budgetierung der Behandlungsleistungen und Medikamente für gesetzlich Versicherte –

und das ist die Mehrzahl in Ostdeutschland – sowie die ständig zunehmende Bürokratie immer mehr junge Ärzte ab, sich niederzulassen. Im Durchschnitt arbeiteten in den vergangenen Jahren Vertragsärzte deutlich mehr als zehn Stunden pro Werktag, obwohl sie ihre Praxisöffnungszeiten sogar einschränkten. Ob dieser Aussichten entscheidet sich laut Statistik inzwischen jeder vierte Medizinabsolvent für eine Tätigkeit außerhalb der Patientenversorgung, z.B. in der Pharmaindustrie oder in der Forschung.

Vor diesem Hintergrund ist es geradezu sträflich, auch noch die Mediziner Ausbildung zu reduzieren, wie in den letzten drei Jahren in Sachsen geschehen. 2011 droht aufgrund finanzieller Engpässe in Höhe von zehn Millionen Euro eine weitere Senkung der Zulassungszahlen an der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig. Die GRÜNE-Fraktion hat daher einen weiteren Antrag in den Geschäftsgang gebracht, der die Staatsregierung auffordert, am Bedarf orientiert Studienplätze für Medizin bereitzustellen. Zudem soll der Hochschulzugang in Zukunft nicht nur vom Notendurchschnitt abhängig gemacht und die Studienorganisation praxisnäher gestaltet werden. Anfang Mai wird dieser Antrag mit Vertretern des Wissenschaftsministeriums, der Ärzteschaft und der Hochschule in Leipzig diskutiert werden. Die GRÜNE-Fraktion wird am Thema Medizinische Versorgung konsequent dranbleiben.



Foto: Fotostudio Stadthaus

## Mehr Bahn für alle! Sachsen braucht eine Bahnoffensive

Für die Deutsche Bahn steht derzeit ein Buchstabe: „P“. „P“ wie Prestigeprojekte – erinnert sei an den Leipziger City Tunnel und das neueste Projekt „Stuttgart 21“. Weil diese Projekte aber Unmengen an Geld verschlingen, gibt es das zweite „P“ – wie Probleme. Grundlegende Dinge funktionieren bei der Deutschen Bahn nämlich seit geraumer Zeit nicht mehr: die Wagen sind kaputt, das Netz ist bau- und die Neigetechnik hinfällig.

Vor Weihnachten fielen auf der ICE-Strecke Berlin-Leipzig-München beispielsweise die Hälfte aller Züge aus. Glauchau und Reichenbach sind unbefristet vom Interregioexpress abgehängt. Die Mitte-Deutschland-Linie nach Thüringen und die Güterbahn nach Polen über Horka stehen auf der Streichliste. Die Fahrgastrechte sind trotz gültiger EU-Verordnung Makulatur. Dennoch ziehen diese Zustände weder lautstarken Protest noch starkes Engagement seitens der Sächsischen Regierung nach sich. Die Landtagsabgeordnete Eva Jähnigen (GRÜNE) erhielt auf Anfragen stets die stereotype Antwort: 1. Die Regierung ist nicht zuständig. 2. Die Bahn wird die Probleme irgendwann lösen.

Doch die letzten Monate haben gezeigt, ohne Widerstand der Regierung geht es selbst den letzten ICE-Strecken über

sächsisches Territorium – Berlin-Leipzig-München und Dresden-Leipzig-Frankfurt an den Kragen. Der Stundentakt sowie die Haltepunkte in Riesa und Dresden-Neustadt sind infrage gestellt.

Dies ist leider kein Horrorszenario. Die CDU-FDP-Regierungen in Bund und Land interessieren sich nicht für eine Verbesserung des Bahnverkehrs. Sie wachen immer nur kurz auf, wenn es ganz schlimm kommt wie jetzt beim ICE-Verkehr. Die sächsische Regierung muss sich aber für die Verbesserung des Bahnverkehrs in allen Landesteilen einsetzen, derzeit besonders für Westsachsen.

Das Geld fehlt? An den jährlich steigenden Fahrpreisen liegt es sicher nicht. Wenn allerdings noch mehr Leute von der Bahn aufs Auto umsteigen, hat sich der Öffentliche Verkehr bald selbst aufs Abstellgleis manövriert.

Kurzum: wir brauchen bessere Konzepte. Unter dem Motto „Mehr Bahn für alle“ hat die GRÜNE-Landtagsfraktion bereits 2009 das Konzept „Sachsentak 21“ entwickelt. Durch eine Neuorganisation des Verkehrs und den effizienteren Einsatz von Steuergeld wird mehr Bahnverkehr möglich. In Veranstaltungen vor Ort werden bereits gemeinsam mit Bürgerinitiativen, Gemeinde- und Kreisräten konkrete Umsetzungsmöglichkeiten diskutiert. Informiert wird auch

darüber, wo in der Politik die Hindernisse für eine Renaissance des Bahnverkehrs im einstigen Bahnland Sachsen liegen und wie wir uns ein Mobilitätsticket für Einkommensschwache vorstellen. Sachsen braucht eine Bahnoffensive. Das bringt auch Prestige – ohne Probleme.

### Link zum Thema

➔ [www.sachsentak21.de](http://www.sachsentak21.de)

Kleine Anfragen zur Abschaltung der Neigetechnik

➔ [www.gruene-fraktion-sachsen.de/4f2312fc.l](http://www.gruene-fraktion-sachsen.de/4f2312fc.l)

➔ [www.gruene-fraktion-sachsen.de/4723aafb.l](http://www.gruene-fraktion-sachsen.de/4723aafb.l)

Am 20. Januar wurde das Sächsische Versammlungsgesetz mit den Stimmen der CDU-FDP-Koalition verabschiedet. Die Koalition möchte damit gewalttätige Demonstrationen unterbinden und „Extremisten Grenzen setzen“. Das Gesetz ist überflüssig, weil das für die Erreichung des ersten Ziels geltende Recht bereits ausreichte und demokratische Grundrechte wie die Versammlungsfreiheit auch so genannten „Extremisten“ zugestanden werden muss.

## Grüner Gesetzentwurf: Namensschilder und Pflicht zum Ausweisen für die sächsische Polizei

Die GRÜNE-Fraktion will, dass alle sächsischen Polizeiangehörigen lesbare Namensschilder mit ihrem Dienstgrad tragen. Die persönliche Ansprechbarkeit stärkt das Ansehen und die Bürgernähe des Polizeivollzugsdienstes und der kommunalen Polizeibehörden. Bei Großeinsätzen (z. B. Demonstrationen, Fußballspiele) mit ihren erhöhten Gefahren für Polizisten kann das Tragen eines Namensschilds durch einen individualisierten Code ersetzt werden.

Grund der Gesetzesinitiative ist, dass Vorwürfe ungerechtfertigter oder überzogener Gewaltanwendung durch Polizeibedienstete bisher kaum aufgeklärt werden können – weil Betroffenen der handelnde Polizist unbekannt ist, Gesichter unter Schutzhelmen nicht erkannt werden und

die Polizeiangehörigen sich auf das Zeugnisverweigerungsrecht berufen können.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen aber darauf vertrauen können, dass auch die Polizei bei rechtswidrigem Handeln rechenschaftspflichtig ist. Nur durch eine individualisierbare Kennzeichnung wird dienstliche und richterliche Überprüfung von vermeintlich unzulässigem Polizeihandeln möglich.

Nach geltendem Recht liegt es im freien Ermessen der Polizei, ob sich ihre Angehörigen ausweisen. Die GRÜNEN wollen, dass das künftig bei allen Diensthandlungen auf Verlangen Dritter geschehen muss.

Die bisher geltende Ausnahmeregelung für Kennzeichnungs- und Ausweispflicht soll nach Auffassung der GRÜNEN-Fraktion auf Fälle beschränkt werden, bei denen Leib,

Leben oder Freiheit gefährdet sind. Anders als bisher müssen solche Ausnahmen polizeiintern schriftlich dokumentiert werden.

Die GRÜNE-Fraktion greift mit diesem Gesetzentwurf ein langjähriges Anliegen von Bürgerrechtsorganisationen und eine Massenpetition an den Sächsischen Landtag auf. Am 19. August 2010 findet dazu eine öffentliche Anhörung im Innenausschuss statt.

Gesetzentwurf

[www.gruene-fraktion-sachsen.de/0924a3c8.l](http://www.gruene-fraktion-sachsen.de/0924a3c8.l)

Eckpunktepapier

[www.gruene-fraktion-sachsen.de/39255e97.l](http://www.gruene-fraktion-sachsen.de/39255e97.l)



# Versammlungsgesetz – 13. Februar in Dresden

## Konzept „verbotener Orte“

CDU und FDP verkennen, dass die freie Wahl des Themas, des Ortes und der Zeit einer Versammlung essentieller Bestandteil der Versammlungsfreiheit sind. Das Konzept „verbotener Orte“ widerspricht diesem Prinzip.

Die Koalition möchte grundrechtsfreie Räume schaffen. Es droht eine Inflation dieser grundsrechtsfreien Räume, denn die Polizeibehörden jedes Kreises können in ihrem Territorium eigene „Erinnerungsorte von historisch herausragender Bedeutung“ festlegen.

Die Koalition benennt aber auch konkrete Orte, an denen sie die Gefahr einer Verletzung der Opferwürde als gegeben sieht, nämlich die Frauenkirche in Dresden und das Völkerschlachtdenkmal in Leipzig. Für welche Opfer die Frauenkirche stehen soll, bleibt unklar. Durch die Nennung des Völkerschlachtdenkmal wird aber nur mühselig kaschiert, dass es sich beim Versammlungsgesetz vor allem um eine „Lex 13. Februar“ für Dresden handelt, und damit auch der zivilgesellschaftliche Widerstand gegen Nazis eingeschränkt wird.

## Lex 13. Februar – am 13. Februar 2010 in Dresden gescheitert

Bezeichnenderweise wurde die Taktik der Landeshauptstadt, die Nazi-Demo am Kundgebungsort festzuhalten, nicht mit dem neuen Versammlungsgesetz begründet, sondern mit einem angeblichen polizeilichen Notstand. Das hielt vor den Gerichten nicht stand.

Obwohl laut Gesetz herausragende Erinnerungsorte geschützt werden sollen, entschied sich die Stadt Dresden den Nazi-aufmarsch aufgrund von polizeitaktischen Erwägungen auf die Neustädter Elbseite zu verlegen. Dies führte zu der makabren Situation, dass die Versammlung der Neonazis ausgerechnet am Bahnhof Neustadt stattfand – dem Ort, von dem aus im Dritten Reich Juden in die Ghettos und Vernichtungslager in Osteuropa deportiert wurden.

Das angebliche Ziel des Gesetzes, die Würde der Opfer des Nationalsozialismus zu schützen, wurde also klar verfehlt. Um diese Verletzung der Opferwürde zu vermeiden, hätte es keines Gesetzes, sondern des Bewusstseins und der Sensibilität der Verantwortlichen in der Versammlungsbehörde bedurft!

## Zivilgesellschaftlicher Widerstand statt Verbote

Der 13. Februar 2010 wurde dennoch nicht zu einem Desaster für Sachsen. Und zwar nicht wegen, sondern trotz des neuen Versammlungsgesetzes. Die symbolische Menschenkette in der Dresdner Altstadt sorgte für positive Bilder aus Dresden. Vor allem aber gelang es aufgrund der antifaschistischen Kundgebungen in der Neustadt, zu verhindern, dass die Nazis durch die Stadt marschieren konnten. Gegen Nazis helfen eben keine Verbote, sondern zivilgesellschaftlicher Widerstand – zur Not in Form zivilen Ungehorsams. Das notwendige zivilgesellschaftliche Engagement darf nicht durch überflüssige Gesetze kriminalisiert werden.

Linke, SPD und GRÜNE haben eine gemeinsame Verfassungsklage gegen das Gesetz vereinbart.

Demo-Eindrücke vom 13. Februar 2010 in Dresden



Fotos: Katrin Richter

# Baumschutz auf Sächsisch

Staatsregierung nimmt zweiten Anlauf zur Abschaffung kommunaler Baumschutzsatzungen

Schwarz-Gelb spricht von Entbürokratisierung und „Vereinfachung“ des Umweltrechts, die GRÜNEN nennen die Pläne der Regierung zur Abschaffung der kommunalen Baumschutzsatzungen schlicht Abbau von umweltrechtlichen Standards und Schutzvorschriften. Mit dem „Gesetzesentwurf zur Vereinfachung des Umweltrechts“ soll den Kommunen künftig untersagt werden, Baumschutzsatzungen für Wohngrundstücke und Kleingärten zu erlassen. In der Begründung heißt es, dass „die Bürger – auch einem gewandeltem Umweltbewusstsein geschuldet – eine eigenverantwortliche und vernünftige Entscheidung über die Erhaltung oder Fällung von Bäumen treffen werden.“ Diese Formulierung soll die berechtigten Befürchtungen zerstreuen, das Baumschutzverbot würde zu einem „Kettensägenmassaker“ führen. Allein, gute Worte helfen nicht: Görlitz ist das berühmteste Beispiel. Zwei Jahre nach Abschaffung der Görlitzer Baumschutzsatzung plädierten sogar Vertreter der lokalen FDP für eine Wiedereinführung. Der Grund: in allen Görlitzer Stadtteilen waren viele gesunde, wertvolle

Bäume einfach verschwunden. Werden die schwarz-gelben Pläne umgesetzt, befürchten deshalb sowohl die sächsischen Umwelt- und Naturschutzverbände sowie die kommunalen Spitzenverbänden den massiven Verlust vor allem alter Bäume.



Foto: Barbara Scheller

Nach den praktischen Erfahrungen in den Gemeinden bedürfen besonders alte Bäume auf Wohngrundstücken eines besonderen Schutzes durch Baumschutzsatzungen, da diese gern auch vorsorglich aufgrund von Unsicherheiten in Haftungs- oder Verkehrsicherungsfragen gefällt werden. Weil es keine Baumberatung mehr geben soll, wären auch seltene und geschützte Bäume

bedroht. In der Regel kann ein Laie nicht erkennen, ob es sich um einen geschützten Baum handelt oder nicht. Gleichzeitig konterkarieren die Pläne der Staatsregierung die kommunalen Luftreinhaltepläne und Lärmschutz-Managementpläne, da Bäume erheblich zur Minderung von Feinstaub und Lärmbelastung beitragen. Um die europäischen Grenzwerte dennoch einzuhalten, müssten die Baumverluste von den Behörden teuer ausgeglichen werden, beispielsweise durch Baumpflanzungen auf kommunalen Grundstücken oder die Ausdehnung von Umweltzonen. Angesichts dessen sollte die CDU noch einmal gründlich in sich hineinhorchen, ob dieses Geschenk an den gelben Koalitionspartner den hohen Preis tatsächlich Wert ist.

## Protestieren Sie

Machen Sie Baumfrevler öffentlich oder veröffentlichen Sie Baumfotos zu freudigen und traurigen Erlebnisse unter [www.baumschutz-sachsen.de](http://www.baumschutz-sachsen.de).

# Versprochen – gebrochen

CDU- und FDP-Abgeordnete lehnen bessere Betreuung in Kitas ab

Mit der Kampagne „Weil Kinder Zeit brauchen. Für einen besseren Personalschlüssel in Sachsens Kitas“ werben seit August 2009 die Wohlfahrtsverbände für mehr Erzieherinnen und Erzieher in Krippen und Kindergärten.



Erzieherinnen und Erzieher sich um die einzelnen Kinder kümmern, trotz gegenteiliger Versprechungen durch die Landesregierung weitestgehend gleich geblieben.

In den letzten Monaten haben Kindergartenkinder deshalb vielen Landes- und Kommunalpolitikern symbolisch einen ‚Goldenen Schlüssel‘ überreicht, mit der Bitte, sich für einen besseren Personalschlüssel einzusetzen.

Mit einem Antrag trug die GRÜNE-Fraktion die Kampagne in den Landtag. Sie forderte die Regierung auf, endlich die Initiative für eine gemeinsame Strategie mit den Kommunen zur Verbesserung der Personalausstattung und zur flächendeckenden Erreichbarkeit von Fachberatung bei

den kommunalen und freien Trägern der Jugendhilfe zu entwickeln.

Damit sich kein Abgeordneter hinter seiner Fraktion verstecken konnte, hatten die GRÜNEN eine namentliche Abstimmung verlangt. Die Landtagsabgeordneten von

CDU und FDP lehnten den Antrag dennoch geschlossen ab. Ihr Versprechen bei der Übergabe des Schlüssels, sich um eine Verbesserung der Personalsituation zu kümmern, war leider nichts wert.

Dieses Verhalten gilt es jetzt öffentlich zu machen. Jeder Wahlkreisabgeordnete sollte vor Ort gefragt werden, warum er gegen eine Initiative zur Verbesserung der personellen Situation in den Kitas gestimmt hat und was er künftig tun will, um sein Versprechen umzusetzen. Die anstehenden Haushaltsverhandlungen bieten die nächste Gelegenheit, eine Verbesserung zu erreichen. Nur durch stetigen Druck der Bevölkerung kann sich dann etwas ändern.

Denn während die Anforderungen bei Bildung und Betreuung gerade auch mit der geforderten Umsetzung des sächsischen Bildungsplans gestiegen sind, ist der Personalschlüssel, also wie viele

## Weiterführende Infos

[www.gruene-fraktion-sachsen.de/6825bf4a.1](http://www.gruene-fraktion-sachsen.de/6825bf4a.1)

Kampagne „Goldener Schlüssel“  
[www.weil-kinder-zeit-brauchen.de](http://www.weil-kinder-zeit-brauchen.de)

# Schlechte Zeiten für Arbeitslose

Die markigen Worte von FDP-Außenminister Guido Westerwelle über Hartz-IV-Empfänger und ihre „spätromische Dekadenz“ noch in den Ohren, wird der Ärger über die erst ein Vierteljahr zurückliegende erste Amtshandlung des sächsischen Wirtschafts- und Arbeitsministers Sven Morlok, ebenfalls FDP, noch größer. Mit der Übernahme des Ministeriums hatte Morlok nichts Besseres zu tun, als das in Sachsen erfolgreich laufende Förderprogramm für Langzeitarbeitslose, Kommunal-Kombi, im November vorzeitig einzustampfen.

Eigentlich hätte das Programm bis Ende des Jahres 2009 laufen sollen, über 1.000 Menschen hingen noch in der Warteschleife für neue Jobs. Doch das interessierte Morlok nicht. Mit irrwitzigen Begründungen strich er ihre Hoffnung auf einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz über drei Jahre im gemeinnützigen Bereich. Von Verdrängungseffekten auf dem ersten Arbeitsmarkt war da die Rede. Ein anderes Mal hieß es, das Programm führe nicht zur Wiedereingliederung in das Berufsleben, obwohl dies nie geprüft worden war, oder die Haushaltsmittel für das Programm seien ausgeschöpft.

„Geradezu grotesk ist auch die volkswirtschaftliche Kurzsichtigkeit des FDP-Wirtschaftsministers“, erklärte der arbeitsmarktpolitische Sprecher der GRÜNEN-Landtagsfraktion, Miro Jennerjahn, in der von den GRÜNEN beantragten Plenardebatte zur Fortführung des Kommunal-Kombi im Januar.

Denn nach einem etwas schleppendem Start 2007 hatte das Programm deutlich an Schwung gewonnen und gab mittlerweile rund 5.000 Langzeitarbeitslosen in Sachsen wieder eine Perspektive. Kommunen und Vereine waren dankbar, mit dieser staatlichen Unterstützung von EU, Bund, Land und Kommune, Aufgaben personell untersetzen zu können, für die sonst das Geld fehlte.

Das Auslaufen des Programms hätte nun die Gelegenheit geboten, die Schwachstellen zu überarbeiten. Doch diese Chance hat der Arbeitsminister leichtfertig vertan. Allein sein Parteivorsitzender Westerwelle konnte ihm dankbar sein - sicherte ihm Morlok mit diesem Akt doch seine Lieblingsbeschäftigung: das verbale Keulen gegen Schwächere.



Demonstration von Solarwerkern vor dem Landtag am 10. März 2010

Foto: Kreibich

## Kürzung der Solarförderung – zu früh und zu hoch

Im vergangenen Krisenjahr war die Solarbranche so etwas wie das gallische Dorf der ansonsten schwer gebeutelten Wirtschaft. Es gab kleinere Rückschläge, aber im Großen und Ganzen konnten die Umsätze gehalten werden. Das galt nicht nur für die großen Firmen, sondern auch für kleine und mittelständische Handwerksbetriebe, die vom Boom der Erneuerbaren Energien profitierten.

In diesem Jahr planten etliche Betriebe sogar wieder Neueinstellungen. Doch was macht die schwarz-gelbe Bundesregierung? Anstatt einen funktionierenden Wirtschaftszweig zu stützen, soll die Solarbranche innerhalb eines Jahres Kürzungen von über 30 Prozent hinnehmen. Und die sächsische Landesregierung hat in ihrer Ignoranz und ideologischen Verbrämtheit nichts Besseres vor, als dieses Tun zu unterstützen.

Nur zur Erinnerung: In Sachsen ist die komplette Wertschöpfungskette von Forschung und Entwicklung über Maschinenbau, Waver- und Modulherstellung bis zur Endmontage beheimatet. Die Solarbranche hat im Freistaat im vergangenen Jahr rund zwei Milliarden Euro umgesetzt und beschäftigt bereits mehr als 5.400 Menschen.

Tritt die Absenkung wie geplant in Kraft, wird die sächsische Solarindustrie laut Studien des Fraunhofer Instituts für solare Energiesysteme (ISE) und der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) bereits in diesem Jahr nicht mehr in der Lage sein, mit ostasiatischen Photovoltaik-Herstellern mithalten. Im Fall einer stärkeren Absenkung der Fördersätze als sechs bis neun Prozent pro Jahr müssen nach Einschätzung der Wissenschaft Unternehmen ihre Forschungs- und Entwicklungsetats kürzen. Das kann den Verlust der Technologieführerschaft bedeuten.

Das von den Kürzungsbefürwortern gern angeführte Argument der Verbrauche-

rentlastung beziffert das Bundesumweltministerium (BMU) lediglich auf 0,3 Cent/Kilowattstunde. Daher verwundert es auch nicht, dass sich laut einer aktuellen Umfrage 84 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher gegen die geplante Kürzung aussprechen.

Es wie der sächsische Wirtschaftsminister Sven Morlok als Erfolg zu werten, dass die zusätzliche Absenkung der Einspeisevergütung in Höhe von 16 Prozent erst im Juli kommt, also drei Monate später als ursprünglich geplant, und die CDU-Bundespolitiker Arnold Vaatz und Michael Kretschmar sogar von einem ausgewogenen Kompromiss sprechen, ist wirtschaftspolitisch nur als dumm zu bezeichnen. Aber vielleicht findet sich ja, ähnlich wie bei Asterix und Obelix, noch ein Zauberspruch, der diesen politischen Entscheidern die Augen öffnet, bevor sie die (sächsische) Solarbranche ruiniert haben.

### Weiterführende Infos

Antrag „Sächsische Solarbranche unterstützen – EEG erhalten“ (Drs. 5/1387)

➔ [www.gruene-fraktion-sachsen.de/9e2063001](http://www.gruene-fraktion-sachsen.de/9e2063001)

Grüne Ausbaustudie 2020 – Perspektiven für Erneuerbare Energien in Sachsen

➔ [www.gruene-fraktion-sachsen.de/9f258d651](http://www.gruene-fraktion-sachsen.de/9f258d651)

# Termine

## GRÜNE HOCHSCHULTOUR, Infostände

14. April 11:00 – 14:00 Uhr  
Dresden, Alte Mensa,  
Mommsenstraße

15. April 11:00 – 14:00 Uhr  
Leipzig, Mensa am Park,  
Universitätsstraße

19. April 11:00 – 14:00 Uhr  
Freiberg, Mensa

## Perspektiven des Landesprogramms Weltoffenes Sachsen, Tagung

20. April 16:00 – 22:00 Uhr  
Dresden, Sächsischer Landtag  
Anmeldung unter [achim.wesjohann@slt.sachsen.de](mailto:achim.wesjohann@slt.sachsen.de)

## Mehr Bahn für alle! Weichen stellen für den Nahverkehr rund um Radeberg, Diskussion

21. April 19:00 – 21:00 Uhr  
Radeberg, Schloss Klippenstein,  
Schloßstr. 6

## Kinderleicht – Minderjährige Mütter in Sachsen, Ausstellungseröffnung

26. April 18:00 Uhr  
Wittichenau (Landkreis Bautzen),  
Forell-Zentrum, Kolpingplatz 8  
Die Ausstellung wird vom 27. April  
bis 12. Juni 2010 gezeigt.

Weitere aktuelle Veranstaltungen sowie  
genaue Orts- und Programmangabe  
unter [www.gruene-fraktion-sachsen.de](http://www.gruene-fraktion-sachsen.de)

## GRÜNE SPITZEN

Antje Hermenau in der Aktuellen Debatte zur Sponsoringaffäre: „**Herr Tillich, Sie haben sich in dieser Sponsoringaffäre verhalten, wie ein Dreijähriger, der dabei ertappt wurde, in die Keksdose gelangt zu haben.**“

Eva Jähnigen zum Antrag der SPD zur Schaffung eines einheitlichen bundesweiten Korruptionsregisters: „**Es hilft gar nichts, immer nur um den heißen Brei herumzuschleichen – man muss den Löffel auch mal in die Hand nehmen.**“

Antje Hermenau zu Jugend- und Sozialkürzungen: „**Ich sage Ihnen, es ist auch keine Stärke, Schwache an die Wand zu drücken, nur weil man zu faul ist, sich mit Details zu beschäftigen oder Verantwortung zu übernehmen.**“

Elke Herrmann zu Jugend- und Sozialkürzungen: „**Zwei Utensilien sind dem Sozialministerium in den letzten Wochen in der Presse zugeschrieben worden: Gießkanne und Rasenmäher. Nun ist das Ministerium keine Gärtnerei, und die Ministerin stapft nicht mit Gummistiefeln durch die Lande.**“

Karl-Heinz Gerstenberg zum Sächsischen Nationalmuseum: „**Das ‚Sächsische Nationalmuseum‘ hätte alle Aussicht mit dem Titel ‚Umfug des Jahres‘ ausgezeichnet zu werden.**“

Antje Hermenau zur Sponsoringaffäre: „**Es ist nicht das erste Mal, dass die sächsische Union so tut, als sei sie der Staat. Das Amt des Ministerpräsidenten darf nicht als Goldesel missbraucht werden.**“

Elke Herrmann zu Jugendkürzungen: „**Über mangelnde Ausbildungsreife, Umgangsformen und Toleranz bei Jugendlichen zu klagen und dann bei der Jugendarbeit zu sparen, das passt nicht zusammen.**“

# Publikationen



## Bestellen

Das Faltpapier zur Hochschulpolitik sowie weitere Materialien können per E-Mail bestellt werden über:  
[publikationen@gruene-fraktion-sachsen.de](mailto:publikationen@gruene-fraktion-sachsen.de)

## Impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Telefon: 0351/4934800  
Telefax: 0351/4934809  
E-Mail: [gruene-fraktion@slt.sachsen.de](mailto:gruene-fraktion@slt.sachsen.de)

Redaktion: Andreas Jahnel (V.i.S.d.P.),  
Anne Vetter, Katrin Richter, Grit Ebert

## FRÖSCHEVERSTEHER – UMWELTSÜNDE DES MONATS

### Nordsächsischer Landwirt verstößt gegen Gentechnikgesetz

Eine Kleine Anfrage förderte es kürzlich zu Tage: Ein nordsächsischer Landwirt verstößt gegen das Gentechnikgesetz – und die Staatsregierung duldet es.

2009 wurde in Dreieiche (Nordsachsen) konventioneller Mais auf Feldern ausgesät, auf denen im Jahr zuvor (2008) Genmais der Linie MON810 gestanden hatte. Das ist laut Gentechnik-Pflanzenerzeugungsverordnung verboten. Frühestens zwei Jahre nach der Genmaisernte darf der Landwirt die Flächen mit herkömmlichem Mais bestellen.

Nur so kann verhindert werden, dass es zur unkontrollierbaren Vermischung von Genmais und konventionellem Mais kommt. Mit dem 2009 geernteten Mais verletzte der Betrieb nicht nur geltendes Recht, sondern gefährdete auch Umwelt und Verbraucher. Das für die Überwachung des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen zuständige Landwirtschaftsministerium hat auf ganzer Linie versagt, weil es seine Kontrollpflicht nicht ernst nahm und den Betrieb nicht stoppte.